

Bezugspreis:

Werte: Jährl. 10,50 RM, monatl. 8,50 RM. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll u. Zeit" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgehaltene Kampfabteilung ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 26. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Waffenstillstand im Baltikum.

Hollandreise.

Von Ed. Bernheim.

Es sollte eine Englandreise werden, doch ist es nur eine Hollandreise geworden. ...

In der Zwischenzeit war ein zweiter Brief des Einberufers der Konferenz an mich abgegangen, worin die Einladung wiederholt und mir nahegelegt wurde, doch, wenn ich es irgend möglich machen könnte, zur Konferenz zu kommen ...

Verklebung durch unbefugte Neugierige, Verschlebung durch die Verlangsamung des freilich arg überlasteten Telegraphendienstes und Verschlebung offenbar auch durch ein Stille Bürokratie, das sind die Gründe, die mich diesmal nicht weiter als Holland kommen ließen. ...

Ich habe diesen unfreiwilligen, aber Dank der großen Liebenswürdigkeit holländischer Genossinnen nichts weniger als unangenehmen Zwangsaufenthalt unter anderem dazu benutzt, mich einigermaßen über die Stimmung im holländischen Volk gegenüber Deutschland zu unterrichten ...

Was das erstere, die Stimmung des großen Publikums in Holland gegenüber Deutschland anbelangt, so habe ich aus Unterhaltungen mit vorurteilslos urteilenden Landesangehörigen den Eindruck gewonnen, daß zwar ein gewisser Umschwung mit Bezug auf Deutschland sich vollzogen hat ...

Ostpreußen an die Reichsregierung.

Die "Litauer Zeitung" meldet: Mit den Letzten ist ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Litauer haben die Eisenbahnstrecke freigegeben. ...

Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückzuziehenden Truppen gebeten wird.

Deutschland im Völkerbund.

Der Pariser Korrespondent der "New York Sun" meldet, im englischen Kreise mache sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten. ...

Ein Erlebnis, das ich eines Tages auf einer Eisenbahnfahrt hatte, scheint mir die Antwort auf diese Frage zu geben. Neben mir saß ein junger Holländer, der sich in ein Buch vertiefte und nur von Zeit zu Zeit mit einer gegenüberliegenden Dame einige Bemerkungen austauschte. ...

Mitleid mit Deutschland wird man viel in Holland antreffen, aber von Mitleid bis wirklicher Zuneigung ist noch ein recht weiter Weg. Man hat unter Umständen auch Mitleid mit Leuten, denen man im übrigen eher aus dem Wege geht.

Umgekehrt darf man aus der Kritik, die holländischerseits an bestimmten Einzelheiten der Friedensbedingungen und sonstigen Maßnahmen der Alliierten geübt wird, noch nicht auf eine allgemeine politische Gegnerschaft gegen diese schließen. ...

Die Verbindung der deutschen Republik wurde von den demokratischen Elementen Hollands und speziell der holländischen Sozialdemokratie mit großer Freude begrüßt, man mußte an sie die besten Erwartungen. ...

in Verbindung stehenden Agitationen geht ganz unmißverständlich hervor, daß ein Sieg der nationalistischen Tendenzen in Deutschland diesem jede Hoffnung auf die Erwerbung der Sympathien des niederländischen Volkes rauben würde.

Wenn ich einem Teil der erwähnten Urteile die Berechtigung nicht verweigern kann, so habe ich es doch für meine Pflicht gehalten, in Holland nicht als Kritiker, sondern als Anwalt der Republik aufzutreten und nach meinen Kräften dafür zu sorgen, daß man über dem ihr noch Fehlenden nicht die realen Fortschritte verkennt, die in der Republik gemacht worden sind, und die großen Schwierigkeiten sich vergegenwärtigt, mit denen sie bei ihrem Reformwerk auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu kämpfen hat. ...

Außer von kommunistischer Seite wurden Einwände gegen meine Ausführungen nicht erhoben, und auch erstere meist in Zwischenrufen. Sie unterschieden sich in nichts von dem, was uns hier von dieser Seite vorgehalten zu werden pflegt, und können daher an dieser Stelle übergangen werden. ...

Kurzlich bedeutet die Zustimmung zu bestimmten Ausführungen eines Redners noch nicht die vorbehaltlose Zustimmung zur Politik der Partei, die er vertritt. Das Gesamtergebnis meiner persönlichen Unterhaltungen mit holländischen Sozialisten kann ich dahin zusammenfassen, daß sie fast ausnahmslos mandrillerlei an der Politik der Mehrheitspartei aufzugeben haben, aber ebenso ausnahmslos die feindselige Haltung der Unabhängigen der in schwieriger Lage befindlichen Republik gegenüber bedauern. ...

Es ist zu bedauern, daß unsere Presse von den Neigerungen unserer auswärtigen Brudertorane über die Vorgänge in Deutschland so selten Kenntnis nimmt. Man zitiert sie fast nur, wo sie das sagen, was man gerne hört. ...

# Oberbürgermeister Scheidemann.

Das Vertrauen der Bevölkerung seiner Vaterstadt beruht unteren Genossen Philipp Scheidemann an ihre Spitze. Aus Kassel wird uns gemeldet:

Dem Stadtverordnetenaußenrat zur Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters hat unsere Fraktion den Genossen Scheidemann als Kandidaten vorgeschlagen. Er hat sich bereits vor mehreren Wochen bereit erklärt, das ihm angetragene Amt anzunehmen. Seine Wahl ist sicher, da unsere Partei die Mehrheit in der Stadtvertretung hat. Eine außerordentlich stark besuchte Parteiverammlung hat diese Mitteilung mit großer Freude aufgenommen.

Genosse Scheidemann vertritt in der Nationalversammlung den Wahlkreis Kassel. Er wird das Mandat auf Wunsch der Kasseler Parteigenossen beibehalten. Bis zu seiner Wahl in den Parteivorstand war er Stadtverordneter in Kassel, mußte dieses Amt aber infolge der Ueberfiedelung nach Berlin niederlegen. In parteigenössischen Kreisen ist es bekannt, wie ungern unser Genosse damals von Kassel wegging. Schon 1914 hatte er die Absicht, nach seiner Heimatstadt zurückzukehren. Der Ausbruch des Krieges festelte ihn an die Reichshauptstadt.

Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß Genosse Scheidemann nicht nur ein geborener, sondern auch ein fremdiger und freier Kurland ist. Schon vor Jahren ist eine Sammlung lustiger Jugendgeschichten im Kasseler Dialekt aus seiner Feder erschienen und ein neues Buch dieser Art befindet sich eben unter der Druckpresse.

Da Scheidemann dem Parlament erhalten bleibt, brauchen wir zu unserer Genugtuung ein Abschiedslied nicht anzustimmen.

## Die Enthüllung.

Unter der Ueberschrift „Hinter den Kulissen der Glode“ legt die Korrespondenz B. S. ihre angeblichen „Enthüllungen“ über den Fall Marx fort. Als Gewährsmann wird von ihr bezeichnet „der sozialdemokratische Redakteur A. Baumeister, der längere Zeit in leitender Stellung in der Redaktion der „Glode“ war“. Nach unserer genauen Kenntniskunde der Dinge ist diese Bezeichnung irreführend. Baumeister war niemals Redakteur der „Glode“, sondern er war der kaufmännische Geschäftsführer des Verlages für Sozialwissenschaft.

Die Angaben Baumeisters betreffen die außer dem Verlag für Sozialwissenschaft, für den Vorbus Zuschüsse in Höhe von 1400000 Mark gegeben haben soll, kaufmännische Geschäfte von Vorbus und Marx, die wir hier schon zum Teil erwähnt haben, wie die Kohlenlieferung nach Dänemark, den russischen Kalender und die Wach- und Schließgesellschaft. Auch die Geschenke von Marx an Emil Eichhorn werden erwähnt und ein Dankschreiben des letzteren wird im Wortlaut abgedruckt. Neu erwähnt wird ein Geschäft von Marx mit autranzierten Seeresautomobilen.

Die verwickelten Privatgeschäfte der Herren Marx und Vorbus entziehen sich unserer Beurteilung. Was an den Verhandlungen Baumeisters wahr ist, wird sich in der gerichtlichen Verhandlung der ganzen Angelegenheit herausstellen. Der für uns wesentliche und springende Punkt, nämlich die zuerst aufgestellte Behauptung, daß führende Parteigenossen der sozialdemokratischen Mehrheitspartei durch die Angelegenheit kompromittiert seien, daß sie in irgendeiner ansehnlichen oder mißbräulichen Weise unredliche Geschäfte gefördert hätten, wird auch in diesen neuen „Enthüllungen“ in keiner Weise belegt. Ein abgedrucktes Schriftstück von Otto Wels, der, als Volkskommissar für den öffentlichen Sicherheitsdienst am 12. November 1918 die von Marx gegründete Wach- und Schließgesellschaft konfiszionierte hat, ist absolut einwandfrei und es wird

nirgends behauptet, daß Wels dafür irgendeine Gegenleistung empfangen habe.

Im übrigen halten wir mit Rücksicht auf das bevorstehende Gerichtsverfahren zurzeit jede ausführliche Erörterung der Angelegenheit für überflüssig. Die Korrespondenz B. S. behauptet, es habe sich ein parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung des Falles Marx gebildet, dem u. a. Oberredakteur Rutschke, Georg Davidsohn usw. angehören. Uns ist davon nichts bekannt. Jedenfalls werden die angegriffenen Parteigenossen eine Erledigung der gegen sie erhobenen Beschuldigungen auf dem Wege des ordentlichen Gerichtsverfahrens bzw. vor einem Gerichtshof, der die Befugnisse eines ordentlichen Gerichts besitzt, mit allen Mitteln anstreben.

## Fälschungen als „Material“.

Dem Redakteur eines Berliner Mittagsblattes gegenüber hat Genosse Scheidemann sich ausführlich über die erhobenen Arruptionsschuldigungen geäußert. Aus seinen Ausführungen gehen wir hervor, daß die Konferenz, die auf Veranlassung Davidsohns am 7. September das Material geprüft hat, sich einstimmig auf den Standpunkt stellte, daß sie es bedauere, sich hundertlang mit einem solchen „Dred“ befaßt haben zu müssen. Scheidemann behauptet drei Schreiben, die in dem Material angeführt sind und stellt fest, daß diese drei Schreiben durchaus einwandfreie Handlungen der Minister darstellen, die noch jetzt der Notwendigkeit einer Kontrolle unterliegen und jede, auch die peinlichste Prüfung vertragen“. Ueber das übrige Material sagt Scheidemann:

Die angeführten drei Schreiben sind aber das einzige Gute an dem ganzen Material. Alles andere ist zum Teil erlogen, zum Teil verfälscht, und es ist nicht einmal geschickt gelogen und geschickt gefälscht worden. Was soll man zu Behauptungen sagen, wie denen, daß Herr Marx mir auf den Namen eines Herrn Philipp gefällige Briefe nach dem Auslande besorgte, oder daß ich eine Verlobung auf die Ermordung Karl Liebknechts ausgesetzt hätte. Solche Lächerlichkeiten trüben sich von selbst. Es sind aber in dem Material auch Briefe von mir enthalten, die von 2 bis 3 gefälscht sind. Briefe, die ich nie geschrieben habe und auf denen meine Unterschrift in so plumper Weise nachgemacht worden ist, daß die Fälschung für jeden sofort erkennbar ist. Es ist also begrifflich, daß die Konferenz vom 7. September keine Veranlassung gehabt hat, sich mit dem Material zu beschäftigen.

Es liegt also bereits jetzt der Beweis vor, daß in der Sache gegen unsere Parteigenossen mit dem Mittel der Fälschung gearbeitet worden ist. Das wirkt ein weiteres bezeichnendes Licht auf diese „Enthüllung“, die mit einer Millionenunter-schlagung des Hauptkassiers begonnen hat.

## Von den Spaltpilzen.

Die Zentrale der „Kommunistischen Partei“ antwortet in einem Kurier „An unsere Parteigenossen“ auf Auslassungen des Hamburger Kommunistenblattes, das sich bekanntlich gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei gerichtet hatte. In dem Kurier heißt es:

Sie (die Partei) hatte darüber zu entscheiden, ob unsere Partei überhaupt eine Partei, ob sie eine kommunistische insbesondere bleiben sollte, oder ob sie sich auflösen sollte in ein Sammelbureau sozialistischer Ortsgruppen, die planlos, ohne Einheit, ohne Geschlossenheit, jede um ihren Strohhaum herum die „ökonomische Revolution“ macht. ... Ob Syndikalismus oder Kommunismus, das war die Frage. Die Partei hat ihr Urteil gesprochen, die Hamburger Syndikalisten mögen ihre Schutteln für sich kreieren. In der Partei haben sie nichts zu suchen.

Das ist deutlich genug! In dem Bericht der „Kommunistischen Käteferepondenz“ wird gesagt, den Führern sei schon seit der Frankfurter Konferenz klar gewesen, daß der unüberbrückbare Gegensatz in den tatsächlichen Fragen ein Ausfluß der Unüber-

brückbarkeit der marxistischen und sozialistischen Anschauungen war. Die Abstimmung ergab, wie seinerzeit gemeldet, die Annahme der Beschlüsse der Zentrale mit 81 gegen 18 Stimmen.

Während diese Zeitläufe sich mit den Syndikalisten auseinandersetzen, brachte die Stellung zum Parlamentarismus eine scharfe Ablehnung gegenüber den Unabhängigen. Schließlich wurden Beschlüsse über die Gewerkschaftsfragen beschlossen, in denen die sozialistische Kampfstrategie der Sabotage und des Mittel der passiven Resistenz abgelehnt wurde.

Da Disziplinhalten nicht gerade eine Eigenschaft der Kommunisten ist, so ist kaum anzunehmen, daß sich die Hamburger Richtung mit diesem Beschluß ihrer Zentrale abfinden wird. Vielmehr wird sie weiterhin ihre eigene Politik machen — soweit man bei diesen sozialistischen Methoden überhaupt noch von Politik sprechen kann — und hiermit ist Aussicht vorhanden, daß wir noch eine ganze Reihe weiterer Spaltungen als Folge der inneren Halt- und Programmlosigkeit der Kommunisten zu verzeichnen haben werden. Den mit der R. P. D. kurz herbeigewandten Unabhängigen dürfte die ihnen erteilte Absfuhr äußerst unangenehm sein.

## Der unpolitische Landbund.

Von schreibt uns aus Ahtshagen im Kreise Grimmen: Der „Vommerische Landbund“ ist bekanntlich unpolitisch! So wenigstens verläßt die Agrarier Landbau, Landbau, Der Landbund vertritt lediglich die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer. Er hat nur wirtschaftliche Ziele. Parteipolitisch ist er nicht. So steht es in allen Zeitungen, in Flugblättern. So ist es überall zu lesen und zu hören. Aber auf dem flachen Lande selbst, in den Dörfern, da hört man es gelegentlich anders, wenn die Herren glauben unter sich zu sein.

War da jüngst in Ahtshagen im Kreise Grimmen eine Versammlung der Arbeitnehmer des Vommerischen Landbundes, die allerdings, wie wir hören, außerordentlich schwach besucht gewesen sein soll. Im Ganzen: drei Mann! Und: der reine Zufall natürlich, auch ein konservativer Parteisekretär war bei dieser Versammlung anwesend und trat als Hauptredner auf. Er hielt — das war der Hauptinhalt und auch wohl der Zweck der ganzen Versammlung — vor den drei Arbeitern eine lange Rede, natürlich gegen die Sozialdemokratie und zum höheren Ruhm der alten christlichen Agrarier. So steht der Landbund in Wahrheit aus! Er ist eben weiter nichts, als ein Kampfmittel für die Agrarier und ihre bedrohte Herrschaft. So wie er auch von den Landarbeitern fast ausnahmslos eingeschätzt — der unpolitische Vommerische Landbund, die Filiale der sogenannten Deutschnationalen, d. h. konservativ-agrarischen Partei!

## Hörfings Abschiedsgesuch.

Entgegen der kürzlich verbreiteten Mitteilung, nach welcher der Reichs- und Staatskommissar für Oberböhmen Hörfing sein Abschiedsgesuch nicht eingereicht habe, erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von maßgebender Stelle, daß Hörfing bei den Reichs- und Staatsbehörden nun doch seinen Abschied eingereicht habe.

## Für unsere Gefangenen.

(Drahtbericht unseres Thorer Korrespondenten.) Die Thorer Sozialisten in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter mahnen in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Entschickung an, nach der sie sich verpflichten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften an Wiedererwerb von Frankreich schicklich zu sein, sie verlangen aber von der französischen Regierung die sofortige Heimbe-förderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Nach einer Mitteilung des Kardinal-Staatssekretärs an die Münchener päpstliche Nuntiatur, hat sich der Heilige

## Barbuse und die holländische gute Sitte.

Von einem Flamen wird uns geschrieben:

Wie in Deutschland, so wurde auch in Holland Barbusses unsterbliches Werk sofort, nachdem es in Frankreich erschienen war, in Uebersetzung herausgegeben. Die Zeitungen brachten große Lobesartikel und Auszüge aus „Das Feuer“, und in allen Kaffeetrinkstätten, Gesellschaften und Klubs, ja, selbst in den Kreisen der Händler und Mäler wurde über diesen Franzosen und sein Werk gesprochen. Der Verleger machte außerordentlich gute Geschäfte und war selbstverständlich bereit, sofort auch jedes andere Werk dieses sensationellen Schriftstellers an den Mann zu bringen. ... Aber es begab sich, daß das nächste Werk Barbusses „Die Hölle“ hieß und etwas durchaus anderes behandelte, als was in den Schützengräben vorgekommen ist, was natürlich die angenehmste Lektüre ist für Leute, die durch den Krieg „gemacht“ worden sind, aber keine Schützengräben gesehen haben. Barbuse beschreibt in diesem Werke die Altmacht des Fleisches. ... und siehe! ... das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten im Haag las dieses Werk und fühlte seine Jugend gefährdet. Bei einem Buchhändler, der gestand, zu wissen, was in dem Werke steht, wurde der ganze Vorrat beschlagnahmt. ... und gegen den Künstler wurde auf dem Wege über den Buchhändler die Verfolgung eingeleitet wegen Gefährdung der bekannten und berühmten, weit über die Grenzen Hollands hinaus gepriesenen holländischen guten Sitten, die von der gleichen Güte sind wie die Qualität seiner Swatto-Schokolade, seines Schiedamer Genevers und seines Haarlemer Dels.

Aber die Justiz holte sich eine Blamage. Der Staatsanwalt mußte in der öffentlichen Sitzung selbst zugestehen, daß seine moralretterische Geste ihn und die Justiz ein wenig lächerlich gemacht habe. Er fand einen recht schmachhaften Ausdruck: „Die Justiz hat in dieser Sache nicht immer Lob geerntet!“. ... Na, das ist ihm wohl zu glauben. Der mit einer so gebräulichen Jugend ausgerüstete Staatsanwalt Herr Del Campo war der einzige von seiner Sippe in ganz Holland gewesen, der es gewagt hatte, Barbuse zu verfolgen. Kein einziger seiner Kollegen hat seine moralisierenden und tugendbühlerische Geste nachgemacht, obwohl er ständig darauf gewartet und seine ganze Hoffnung darauf gesetzt hatte.

Und nun sollte der Prozeß dennoch durchgeführt werden. ... Und der ehrliche Herr Staatsanwalt mußte gegen Barbuse vom Leber ziehen! Er stand mit dem ganzen Gericht vor einem sehr peinlichen Gericht, aber mit dem Rute, der allen tugendhaften Menschen eigen ist, ludte er eine gute Miene zu dem sehr bösen Spiele zu machen, und fing an zu beteuern, wie ungeheuer gefährlich die Hölle — nämlich die von Barbuse — für die holländische Jugend sei. Zwar wagte er nicht anzunehmen, daß sich Barbuse absichtlich mit dem Schreiben von Pornographien befaßte, aber trotzdem. ... einige Seiten des Werkes seien so realistisch geschrieben, daß es ... wenigstens für das jugendhafte Holland ... zu kraß sei oder zum mindesten als zu kraß er-

scheinen könnte. ... Und dann kam das Schrecklichste! ... Barbuse habe zu sehr gegeben, was in ihm steckte. ... Herr Del Campo glaubte damit was ganz Entsetzliches zu sagen, etwas, das gleich einer Handgranate wirken und Barbuse und alle seine Säcker, auch seine Ämtigen, vernichten würde. ... Als ob ein Schriftsteller, ein Künstler — wie es vielleicht ein Staatsanwalt fertig bringt, zuerst seine Menschlichkeit ablegen möchte, bevor er daran geht, ein Werk zu schreiben, daß er ein Lügner werden und geben möchte, was nicht in ihm ist. Wenn Herr Del Campo ein wenig nachgedacht hätte, hätte er auch gegen einen gewissen Moses vorgehen müssen, der ein skandalöses Buch „Genesid“ genannt, geschrieben hat, das genau dasselbe Thema wie Barbusses „Hölle“ behandelt, den Fluch gegen die Altmacht des Fleisches, die der Verfasser bekämpft mit rauchender Verzweiflung und grenzenloser Hoffnungslosigkeit. ... Justiz und Kunst! ... Mit anderen Worten: das Leben und der Tod. Denn Kunst ist Leben von heute. ... manchmal auch Leben der Zukunft, und Justiz ist in unserer Gesellschaft noch immer die Moralität von gestern. ... die Moralität von Leuten, die aus den Friedhöfen kugeln. ... Dorum spielt, wie Herr Del Campo bezeugen kann, die Justiz nicht immer die schönere Rolle.

Die Volkshochschulfrage. Ueber die Volkshochschule ist nachgerade genug und übergenug geredet und geschrieben worden. Wir gehen jetzt daran, sie praktisch zu gestalten und dadurch Erfahrungen für ihre künftigen Ausbau zu sammeln. Da darf und soll uns eine kleine Schrift als Führer dienen, die soeben im „Vorwärts“, Verlage erscheint: „Die Volkshochschule im neuen Deutschland“ von Dr. Max Apel. (88 S. Preis 1,50 M.) Sie unterrichtet sich insofern grundrichtig von den meisten Schriften zur Volkshochschulfrage, als sie sich im wesentlichen auf die Praxis beschränkt und hier wertvolles, sofort zu verwertendes Material bietet. Ihr Verfasser steht seit 15 Jahren als Dozent in der Volkshochschulbewegung und hat sieben Jahre lang die „Freie Hochschule Berlin“ geleitet, er kann also wirklich aus praktischer Erfahrung heraus, nicht nur auf Grund allgemeiner Erwägungen sprechen. Jeder, für den die Volkshochschule mehr ist als ein utopistisches Ideal, sollte die hier gegebenen Ratschläge für die Lehrgebiete (Abt. I), die Lehrmethode (Abt. II) und die Zusammenfassung des Lehrkörpers und die Organisation zu vermerken suchen. Auch das ausführliche Verzeichnis erprobter Vorlesungsthemen wird förtlich allen praktisch in der Bewegung Tätigen außerordentlich willkommen sein.

Andreas Laska wollte am Totensonntag aus seinen Werken, die zu den stärksten Protesten gegen die Kriegsbarderei gehörten, vortragen. Diese Veranstaltung wurde leider mit Rücksicht auf den Tag verboten. Laska brachte dann das Sonntag-Programm am Montag in einer Versammlung der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft im Café Austria zum Vortrag. Die Versammlung nahm Gelegenheit, gegen das er-gangene Verbot ihre Entrüstung auszusprechen. Ein einstimmig beschlossener Protest wendet sich gegen die Auffassung, daß die Veranstaltung der Stimmung des Tages nicht gerecht geworden wäre. Er sagt: „Die von Herrn Laska vorgetragenen Dichtungen

sind ein ergreifender und darum gerade würdiger Nachruf auf die Gefallenen aller Völker, weil sie die ihnen einzig wahrhaftige, allerdings auch schmerzliche Erinnerung wohnet, daß sie die Opfer eines rucklosen Gesellschaftswechsels geworden sind und weil aus dieser Erkenntnis ihrer zweifelslosen Hinopferung der Entschluß erblähen muß, Menschheit und Welt vor jeder Wiederholung eines ähnlichen Vorkausches zu bewahren. Die Auslösung dieses Beschlusses wäre ein dem Ernst des Totensonntags durchaus angemessener und würdiger Ausklang.“ Wir teilen diese Auffassung und halten das Verbot für einen bedauerlichen Mißgriff.

Terzettgefang. Die moderne Differenzierung auf allen künstlerischen Gebieten bringt es mit sich, daß sowohl die Komponisten wie die Sängerinnen dem Terzettgefang lebendigeres Interesse zuwenden als ebendem. Kurz hintereinander sind nun zwei Frauen-trios vor die Öffentlichkeit getreten, die entweder schon ein gewisses Renommee haben oder doch rasch erwerben werden. Zunächst sei der Abend des „Berliner Lokal-Terzett“ (Eise Annette, Käthe Wulch, Elisabeth Böhm im Saale der Sing-Akademie registriert. Zum Vortrag kamen kirchliche Gesänge von Caldara, Haße, Romelli, dann a-capella-Lieder mehrerer jung aufstrebender Komponisten, heitere Soden von Mozart, Dahn, Weber und schließlich Volkslieder in der Bearbeitung von Othegraven. Hierbei kam ein hübscher, auch dem neckischen Ton völlig entsprechender Gesang zustande.

Beobachter. Höher glaube ich das Lokal-Terzett (Minna Edel-Wilde, Maria Wendel, Marika Geigenmacher) bemerken zu müssen, daß im Westheim-Saal um die Kunst der Vertreter war und mit abnehmendem Belieben Verfallenden erlang. Da ist denn doch ein wundervoller, reiner heitlicher Klang, eine Vielmehr der Stimme, ein prachtvolles Zusammengehen, ein Vortrag, der Entzücken auslöst. Einige beachtenswerte Gesänge für Frauenstimmen mit Begleitung von zwei Hörnern (Paul Rembi, Anton Stengel) und Darle (Hel. K. Kopf-Geibel von der Staatsoper) leiteten den Abend höchst stimmungsreich ein. Dann folgten Reuheiten von Karl Rämpf, Arnold Edel, der auch zugleich den Klavierpart beherrschte, Max Stange, C. Hennmann-Rheinold und Woldegar Bargiel. Der Ton stimmungsgezügelter Parol, dem eine posterevolle und zugleich charakteristische Untertonung im Klavier gegeben wurde, ist durchweg glücklich getroffen. Singu neßelt sich eine vollendete Interpretation durch die Sängerinnen, was eben guttrot, so konnte der künstlerische Erfolg nicht zweifelhaft bleiben.

Theater. Im Lehngebäude wird die Orchestralführung von Georg Kalkreuth — Weg — Erbe — für die erste Hälfte Dezember vorbereitet. Am 2. Dezember geht Ewald Lullspiel „Dramatiker“ neu einstudiert mit Ilse Tuxen, Alia Grünig und Eugen Klotzer in Szene.

Verkaufsausschreibung guter Jugendbücher. Der Groß-Verleger, Ausfühler zur Beförderung der Schulbibliothek veranlaßt vom 30. Koob. bis 28. Dezember in den Berliner Gemeindefunktionen eine Wanderausstellung guter Jugend- und Volksschriften. Die Bücher werden am Ausstellungsorte unter langweiliger Beratung verkauft.

Max Klingner ist auf Antrag der Abteilung für Architektur seitens der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg als dem führenden Vertreter der Schwerebaukunst die Würde eines Ehrendoktor-Jugentums verliehen worden.

Theodor Lindner, der Kaiserliche Offizier, dessen Name durch eine neubehaltene Belüftung in weitere Kreise getragen wurde, ist 76 Jahre alt gestorben.

Stuhl in nachdrücklicher Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimförderung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtstfest zu erwirken.

### Englands ägyptische Sorge.

Zur Oberhaus schilderte Lord Curzon die Lage in Ägypten. Die Bewegung habe wirtschaftliche Gründe und sei hauptsächlich der Verteuerung der Lebenshaltung zuzuschreiben. Aber diese Ägitation werde politisch ausgebeutet und die ausländischen Sozialisten zögen daraus Vorteil (?). Die Regierung habe alles getan, um berechtigten Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden, indem sie ihnen bessere Arbeitsbedingungen zugesichert hätte. Andererseits hätten die Nationalisten immer auf Unterstützung durch eine Großmacht gehofft, aber Frankreich (das ist sie! Red.) und die Vereinigten Staaten hätten die englische Schutzherrschaft über Ägypten anerkannt und Italien habe versprochen, sie anzuerkennen; sie sei übrigens Bestandteil des Friedensvertrages mit Deutschland und daher von allen seinen Unterzeichnern anerkannt. Lord Milner habe den Auftrag, eine autonome Regierung für Ägypten aber mit höchstens diese Pläne. Von einer Annexion Ägyptens habe man wohlweislich abgesehen, da die hohe Schutzherrschaft den politischen Forderungen und Forderungen der Ägypter, sich selbst zu regieren, bessere Aussichten eröffnen würde. Auch unter der geplanten Verfassung würden die Ratschläge und die Hilfe Großbritanniens immer nützlich sein. Bei ihrer Ausarbeitung würden alle Parteien befragt werden. Der Friedensvertrag mit der Türkei werde nicht zur Lösung der ägyptischen Frage beitragen; die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Ägypten gehörten der Vergangenheit an und Ägypten dürfe nicht mehr von der Türkei hoffen, welche die englische Schutzherrschaft über Ägypten im Friedensvertrag anerkennen müssen. Gegenüber den letzten Unruhen in Ägypten müßten die ägyptische und die englische Regierung dem Gesetze Achtung verschaffen, die Ordnung sichern und die Urheber aller Verbrechen bestrafen. Lord Curzon rief die gemäßigten Ägypter auf, Großbritanniens bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

Aber auch die Gemäßigten werden ihr Volk für der Vormundschaft entwachsen halten!

Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz. Die Abstimmung über den stilligen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, die Mittwoch vormittag im Ausschuss für dieses Gesetz erfolgen sollte, ist zurückgestellt worden, da die Kompromißverhandlungen zwischen den drei Reichstagsparteien noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Von demokratischer Seite ist ein neuer Kompromißantrag dem Ausschuss bisher noch nicht vorgelegt worden. Dagegen hat in der Beratung Reichsarbeitsminister Schäfers mitgeteilt, daß er noch vor Weihnachten das angekündigte Gesetz gegen die wilden Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte der Nationalversammlung vorlegen werde.

## Industrie und Handel.

### Börse.

Die Stimmung an der Börse war zwar fest, doch beobachtete die Spekulation mit Rücksicht auf die Verschleppung der Friedensverhandlungen und die Note Clemenceaus hinsichtlich der Gefangenfrage größere Zurückhaltung, so daß ein nennenswertes Geschäft sich nicht entwickeln konnte. Valutapapiere verkehrten ungefähr auf letztem Stand. Am Rentenmarkt waren Höhenlöse begehrt und fest, während Pönnig, Lothringer Güte, Pannemanns-Berle und Oberschles. Eisenbahnbedarf kurz einbußen erlitten. Schiffscharterungen waren gleichfalls etwas schwächer. Elektrowerte dagegen begehrt und fest. Ueberwiegend höher gingen sodann Rüstungswerte um. Deutsiche Banken blieben vernachlässigt. Von heimischen Anleihen gewannen die dreijährigen Reichsanleihen 1 Proz.

## Groß-Berlin

**Die Kriegsbeschädigten und der Schnee.**  
Uns wird geschrieben: Bäre dem Magistrat von Berlin bei der Begräbnung der gewaltigen Schneemassen nicht der Wettergott zu Hilfe gekommen, er hätte mit seinem Aufzug an die Hausdächer über ein tägliches Fiasko erlitten. Ein großer Teil der Hausdächer bot zur Säuberung der Bürgersteige auch nicht einen Finger gerührt. Nachdem Tauwetter eingetreten war, wurde auch noch was unternommen. Noch am dritten Tage mußte man an verchiedenen Stellen auf den Bürgersteigen bis zu den Knöcheln im Schnee waten, der sich inzwischen in einen ungeheuren Matsch verwandelt hatte. Als es dann getrocknet hatte, fand man an Stelle des Matsches eine dickerige Eisbahn vor. War das Passieren der Bürgersteige in einem derartigen Zustande für einen gesunden Menschen schon sehr schwer, so war es für die vielen Kriegsbeschädigten fast unmöglich, ja sogar lebensgefährlich geworden. Ich konnte mich als Beinamputierter 14 Tage lang nicht auf die Straße wagen. Wie verbittert man da wird, wenn man Tag für Tag eine solche Mächtigkeitsleistung erleben muß, kann sich wohl jeder vorstellen. Ist das der Dank des Vaterlandes? Oder glauben die Herren, daß auch die uns noch erhaltenen Götter für ein paar lumpige Mark als Entschädigung feil sind?

Eine Frage sei noch erlaubt: Sieht denn unsere Polizei derartige Zustände nicht und warum schweigt sie nicht dagegen ein? Wir Kriegsbeschädigten fordern, daß hier rächtloslos zu gegriffen wird.  
Zum Schluß noch eine Bitte an die Eltern: Trägt den Kindern ein, daß sie die Bürgersteige nicht zum Schlittschuhfahren und Schlittschuhlaufen benutzen. Eschwert den Kriegsinvaliden ihren obnehin schon schweren Sitzungsampf nicht noch mehr!

**Für Wien.** Ein Chevar aus Vankov erklärt sich in einer Zuschrift bereit, pro Woche auf 100 Gramm Brot zum Nutzen des notleidenden Wien zu verzichten. Wenn sich in Berlin 100 000 Leute dazu bereit fänden, so wären diese 10 000 Kilogramm schon eine erhebliche Hilfe zur Linderung der Not. Dazu kämen dann noch die anderen Städte Deutschlands. Praktisch ließe sich die Hilfsaktion sehr leicht durchführen, indem die betreffenden Beschnitte der Bäckerei mit einem entsprechenden Vermerk versehen werden. Wie groß die Not in Deutschösterreich ist, zeigt die Nachricht, daß sogar in dem reinen Weinland Oberösterreich die Westfront bis zum Eintreffen ausländischer Transporte gekürzt werden muß.

**Die Schmirke gegen die neue Besatzungsbeschränkung.** Die neue Verordnung des Reichsverbandes Groß-Berlin, wonach zum Zwecke der Kohlenersparnis in den Geschäftsbetrieben, Cafés, Hotels, Restaurants usw. Gas und Elektrizität zu Beleuchtungszwecken nach 1/2 Uhr abends nicht mehr verwendet werden dürfen, hat in allen Kreisen des Großberliner Gebietes größte Verärgerung und Unruhe hervorgerufen. Als erste Organisation hat sich der Verband der Gas- und Schmirke für Berlin und die Provinz Brandenburg in seiner ersten sehr zahlreich besuchten Delegiertenversammlung am Dienstag mit der neuen Verordnung beschäftigt. Unter lebhafter Zustimmung beauftragte der Verbandspräsident Otto Strauß-Berlin die Verordnung als eine drakonische Maßregel, die wiederum nur die mittleren und kleinen Betriebe schwer treffen würde, die nicht in der Lage gewesen seien, sich Vorräte an Ersatzbrennstoffen zu beschaffen wie die großen kapitalstarken Betriebe. Für Berlin sei eine derartige einschneidende Verfügung nicht durchführbar. Der Reichspräsident Eugen Ehrig habe selbst zugesagt, daß man die Beschränkung einer Großstadt unmöglich zu so früher Stunde ins Werk setzen kann. Die Verammlung erließ scharfen Protest gegen die neue Beschränkung und beauftragte den Vorstand, sofort alle geeigneten Schritte gegen die Verordnung zu nehmen. Eine große Schmirkeversammlung, die am Freitag, den 28. November, nachmittags 2 Uhr, in der Phosphormarie, stattfindet, wird ebenfalls zu der Frage Stellung nehmen.

**Der gefürchte Herrenabend.** Die Zentralkasse zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder und Schriften beim Berliner Polizeipräsidium hatte in Erfahrung gebracht, daß gestern ein „Herrenabend“ des Berliner Schwimmclubs „Germania“ stattfinden sollte, zu dem jedermann Zutritt erlangen konnte und vor einem großen Kreis solcher Gäste ganz grob unzüchtige Vorführungen und Darstellungen gezeigt wurden. Genauen Aufschluß darüber gab das „Geheimprogramm“, das von Gemeinheiten in Wort und Bild sprach. Der Sitzungssaal war streng geheim gehalten, doch gelang es der Polizei, festzustellen, daß dafür der „Mause Saal“ der Armundbuden in der Kommandantenstr. 88/89 ausgemietet war. Als Eintrittspreis war auf der Einladungskarte 1,00 M. für jede Person verzeichnet. Erhoben wurden jedoch 5 M. und von den Gästen bezahlt. Ungefähr 400 Personen, darunter Herren, hatten sich eingefunden. Die Kriminalpolizei drang in der zehnten Abendstunde überraschend ein und unterbrach die Vorführungen. An Ort und Stelle wurde zur Feststellung der Verfassungsverhältnisse geschritten. Alle Vorführungen und die Leiter des „Herrenabends“ wurden festgenommen.

**Sieben Stochwerke tief abgestürzt.** Auf dem Grundstück Trebbiner Str. 5, auf dem sich die Jubiläumshaus der Gesellschaft für Part. und Jubiläen befinden, war der 83 Jahre alte Helfer Hermann Eichler vom Randbacher 18 auf einer vierzehnstufigen Leiter nach einem Notrufraum über den siebenten Stock des Jubiläumshauses gestiegen. Von dort stürzte er, wahrscheinlich infolge eines Schwindelanfalls, ab, fiel in den Fahrstuhlschacht hinein und blieb auf der Decke des im Erdgesch. liegenden Fahrstuhls liegen.

**Alkoholvergiftung eines Nützlings.** Der 18 Jahre alte Arbeiter Max Kienert aus der Wöhlstr. 15 wurde gestern im Bett liegend tot aufgefunden. Die Reste der Nützlingswache in der Eichendorff- und Lindner Straße stellen fest, daß der Tod wahrscheinlich infolge Alkoholvergiftung eingetreten ist. Kienert hatte große Mengen Spirituosen getrunken.

**Ein falscher Arzt trägt seit sechs Wochen in Berlin allerhand Schwindel ein.** Ein etwa 44 Jahre alter Mann, der sich Dr. Günther, Dr. Weber oder Dr. Bruns nennt, führt in Geschäften und besseren Geschäftskreisen vorgetragene Farnsprüche, durch die er zum Schein einem Krankenhause mittel, daß er nicht kommen könne, und anordnet, die Schwerkranke selbst alles Nötige voranzutreiben. Als Grund seiner Verhinderung gibt er an, daß er eine günstige Gelegenheit habe, Morphium zu kaufen, und deshalb erst später kommen könne. Wenn er den Hörer wieder angedrängt hat und scheinbar im Begriff steht, zum Abschlus des Geschäftes zu schreiben, entdeckt er plötzlich, daß er nicht genug Geld bei sich hat, und bittet nun die Geschäftsinhaber, ihm mit dem fehlenden auf kurze Zeit auszubahlen. Die Geschäftsinhaber, die durch das Farnspruch sicher gemacht sind, und denen er außerdem eine „goldene Uhr mit Kette“ und auch noch „goldene Brillantringe“ als Unterpfand überläßt, gehen dem vermeintlichen Arzte gern das erbetene Darlehen und erfahren zu spät, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sind. Uhr, Kette und Ring, die ganz nach Gold aussehen, sind wertlose Kopyparts. Der Schwindler ist kaum mittelgroß und hat volles, dunkelblondes Haar, einen feinen, dunklen englisch gestuften Schnurrbart, und ein gesundes, volles Gesicht.

**Hilfsruf durch Farnsprecher** werden vom 1. Dezember ab auch im Bereiche der Farnsprecher-Vermittlungsanstalt Siechen eingeleitet werden. Ein an diese Vermittlungsanstalt angeschlossener Teilnehmer, der bei Einbruch, Ueberfall usw. polizeiliche Hilfe herbeirufen will, hat nur nötig, bei der Meldung der Vermittlungsbeamten das Kennwort „Ueberfall“ zu nennen. Er wird dann ohne weiteres mit der zur Hilfeleistung verpflichteten Stelle der Polizei verbunden und kann auf Meldung dieser Stelle seine Wünsche vorbringen.

**Der Fahnentrug mit Riga, Wenden und Wolmar** ist wegen Unterbrechung der Strecke Riga-Wolmar auf unbestimmte Zeit eingestellt.

**Die Austrittserklärungen aus der Landeskirche** lösen sich am Ende eines jeden Monats dermaßen an, daß es selbst beim Einsetzen aller Beamtenskräfte nicht möglich ist, den Ansturm zu bewältigen. Der Beamtensdienst des Amtsgerichts Berlin-Mitte bittet daher das Publikum, die evtl. beschuldigte Erklärung des Austritts möglichst über den vergangenen Zeitraum des Monats zu verteilen.

**Reisendenort, Gemeindevertretung.** Dem Erlaß eines Ortsrats betreffend Umplanungen von Straßen wurde zugestimmt. Die Zuschläge zu der Grundsteuererhöhung sollen in Höhe von 1/2 v. H. erhoben werden. Für die Fortbildungsschule wurden zwei neue Lehrstellen bewilligt. Von mehreren Beamten lag ein Antrag vor, ihre Gehaltsverhältnisse zu regeln. Die ganze Angelegenheit rief eine ziemlich lebhaft Auseinandersetzung hervor, bis zum Schluß die ganze Sache vertagt wurde. Der Antrag, allen Antragstellern einen Vorschlag von 500 M. zu zahlen, wird abgelehnt. Ein Dringlichkeitsantrag, der 30 000 M. für arme notleidende Kinder zu einer Weihnachtsgeldbesorgung forderte, wurde angenommen. Um der Notlage der Lehrer und Beamten abzuhelfen, soll ihnen zunächst ein Vorschlag von 750 M. gezahlt werden, der auf die spätere Gehaltsreform angerechnet wird.

**Weißensee, Gemeindevertretung.** Das Schulgeld für höhere Schulen ist um 20 M. für auswärtige Schüler, das Eintrittsgeld von 3 auf 5 M. erhöht. Als Vertreter für die Volkshochschule Groß-Berlin ist unser Genosse Dr. Lindemann gewählt. Die Grundsteuererhöhung wurde ohne den Wunsch der Aufsichtsbehörde erhöht. (Das Reich erläßt 4. der Staat 1. der Kreis 1/2. die Gemeinde 1/2 Proz.) Für die Jungensfürsorge wurden 4000 M. bewilligt, für Beschaffung von Dienstleistungen für Straßenreinigung, Kanalarbeiter und Hippopolizeibeamte 22 000 M. für Arbeiter an

Der Sechsbauanstalt 15 000 M. An Beamte, Postangestellte und Beurlaubte soll ein Betrag von 900 M. gezahlt werden, im Falle der Verhinderung der Besetzung, erhalten sie auch die höhere Summe. Für den Ausbau von Wohnraum wurden 3550 M. bewilligt. Dem Tarifschluß mit den technischen Beamten und Angestellten wurde gemäß Berliner Rührer zugestimmt. Die Wahl von 23 Kommissionen erfolgte durch Zufall. Zur Beschaffung von Lebensmitteln bewilligte die Vertretung 1 265 000 M. Hierzu soll eine Anleihe von 1 000 000 M. aufgenommen werden. Um den Armen, Kriegswitwen, Kriegseingesessenen usw. eine Weihnachtsgeldbesorgung zu bereiten, beschloß die Gemeindevertretung, 50 000 M. zur Verfügung zu stellen. Ueber die Tätigkeit der Tarifkommission gab Genosse Falkenstein Bericht. Die Gemeindevertretung hat für den Kauf von 200 000 M. bewilligt. Die Kommission hat darauf unter den größten Schwierigkeiten in der Umgegend von Bromberg 24 000 Zentner gekauft. Der Preis stellt sich jedoch infolge der Umfahrgeldbesorgung ohne Eisenbahnfracht auf 155 000 M. verkauft werden soll der Loh-, da Frucht, Fuhrlohn und Arbeitslöhne hinzukommen, für die Einwohner bis zu einem Einkommen bis 5000 M. für 10,70 M. der Zentner. Der Loh ist trocken gekauft, die Preise sind deshalb so hoch, weil die Händler alles bejuchten, um den Besitzern noch höhere Preise zu zahlen, trotz Höchstpreisgebots.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Tempelhof, Donnerstag 1/2 Uhr:** Öffentliche Versammlung. Gen. Franz Rührer: für Republik und Demokratie. „Wieder mit der Revolution“ erschienen am Mitglieder Blatt.  
**Freibühnenabend, Freitag 7 1/2 Uhr:** bei Scholz, Friedrichstr. 81: Wählervereinsversammlung und Jubiläum. Bericht von der Kreisleiterkonferenz, Vereinsangelegenheiten und Beschlüssen.  
**Wilmersdorf, Sonntag 7 Uhr:** 2. Kundgebung in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule, am Seeplatz. Mitwirkende: Marie Schumann (Wilmersdorf), Paul Schramm (Stahler), Emanuel Jellin (Blöcher), Gustav Lehmann (einzig), Programm 75 Bl. im Parteibureau, Goltzener Str. 12, und am Saalingang.

## Bildungsveranstaltungen.

**Steglitz.** In die Parteifunktionäre in den wehlichen Vororten richtet Untersekretär die dringende Bitte, nicht in der Weichheit für die Sozialistische Bildungslänge zu erlahmen (Vorort Steglitz, Realh. am Stübchenrandweg, Kala, Beginn 8. u. 8. Januar, 7 Uhr) und zur Teilnahme verpflichtende Anmeldekarte unter Angabe des Namens so bald wie möglich gelangen zu lassen an Arthur Stahl, Berlin-Steglitz, Ringstr. 7, Gartenhaus III. — Der erste Kursus behandelt „Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen“ (Dozent Dr. Karlen), der zweite „Praktische Volkswirtschaft“ (Redakteur Erwin Barth). Jeder Kursus 4 M.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Arbeiter-Samariter-Bund.** Bezirksversammlung am Donnerstag 7 1/2 Uhr: Bezirk: Osten, Gieselerstr. bei Bienenbüchel, Schornsteinstr. 60; Bezirk: Westen, Schöneberg, bei Gendel, Vordbergstr. 11.  
**Kontrollverein „Die Kameraden“.** Sonntag: 1. Bildpart. Ehrenamt, Potsdam, Potsdamer Str. 100. 2. Führung durch das Trachtenmuseum. Treff 10 Uhr Klostertor, 99. Gäste willkommen.  
**Deutscher Arbeiterbund.** Freitag 7 1/2 Uhr im Viseum-Club, Viseumplatz 8, Vortrag von Herrn Reuter. Thema: „Das deutsche Arbeiterproblem.“

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Metallarbeiterstreik.

Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der auf dem Boden der S. V. D. stehenden Mitglieder des Metallarbeiterverbandes tagte am Dienstag im Germaniaaal in der Uferstraße. — Der Referent Hahad schilderte eingehend die Vorgeschichte rund den Verlauf des Streiks. Seine Ausführungen zeigten, daß es der neuen Ortsverwaltung darum zu tun war, durch eine neue Taktik zu zeigen, daß sie etwas anderes leisten könne wie die alte Verwaltung. So haben denn die neuen Männer mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit den Streik ins Werk gesetzt, bei dem die Bestimmungen des Statuts bei den Abstimmungen in den Betrieben gänzlich beachtet wurden. Die Stimmung der Mehrheit der Metallarbeiter war durchaus nicht für den Streik. Der Redner kennzeichnete die schwankende Haltung der Streikleitung, die, obgleich sie wußte, daß durch die Fortsetzung des Streiks nicht mehr erreicht werden konnte, nicht den Mut fand, den Kollegen den Abbruch des Streiks zu empfehlen. Der Redner kam zu dem Schluß: Der Kampf ist nutzlos geführt worden, denn was hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen schließlich erreicht worden ist, das hätte auf der Grundlage des alten Kollektivabkommens auch erreicht werden können. Ja, nach den jetzt geltenden Vereinbarungen haben die Kollegen, die den Betrieb wechseln, in vielen Fällen mit einer

### Verfälschung des Lohns

zu rechnen. Das war bei dem alten Kollektivabkommen nicht der Fall. Nachdem der so leichtfertig ins Werk gesetzte Kampf einen anderen Verlauf genommen hat, als seine Veranstalter gehofft haben, suchen sie andere für den unglücklichen Ausgang verantwortlich zu machen. Das alles muß und veranlassen, aus unserer Zurückhaltung herauszutreten. Auf der anderen Seite befindet man sich jetzt in einer sehr ungünstigen Situation. Man sucht die erschlaffte Position mit allen Mitteln zu halten. Die Ortsverwaltung hat jetzt beschlossen, daß nur solche Kollegen als Funktionäre gewählt werden dürfen, die auf dem Boden des Stuttgarter Verhandlungstages stehen. Die Wahl des Kollegen Cohen in die Leitung der Struglischen Brände ist als ungültig erklärt worden, weil angeblich in der betreffenden Versammlung keine Mitgliederkontrolle stattgefunden haben soll. So sucht man sich unbedeutende Kollegen vom Halbe zu halten. Alle diese Vorkehrungen machen es uns zur Pflicht, im Verbands unsere Anschauungen zur Geltung zu bringen, damit in der Organisation wieder ein anderer Wind weht. (Lebhafter Beifall.)

Rühlert sagte, die Berliner Kollegen können vielleicht erwidern, ob sie nicht den Ausschluß der Streikleiter beantragen wollen, weil dieselben in unverantwortlicher Weise die Interessen des Gesamtverbandes gefährdet haben, was doch nach dem bekannten Rundschreiben des Verbandsvorstandes ohne weiteres anzunehmen ist. Der Redner beantragte folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt nach eingehender Würdigung aller bei diesem Kampf in Frage kommenden Verhältnisse, daß abgesehen von der Leichtfertigkeit, mit der dieser Streik begonnen wurde, wirtschaftliche Kämpfe in der Weise, wie es in diesem Falle geschehen ist, nicht geführt werden dürfen.  
Die Versammlung beschloß auf dem Standpunkt, daß das im Frühjahr d. J. abgeschlossene Kollektivabkommen bei richtiger Anwendung in Zusammenfassung aller Kräfte für die Metallarbeiter Berlins eine Grundlage war, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der wirtschaftlichen Lage entsprechend zu gestalten, ohne daß das Kollektivabkommen gefährdet werden brauchte.  
Die Maßnahmen, die von der Streikleitung während des Streiks getroffen worden sind, zeigen, daß man sich dort in keiner Weise an die klaren Bestimmungen des Statuts gehalten, sondern in krasser Weise dagegen verstoßen hat. Daraus wird bewiesen, daß das bekannte Rundschreiben des neuen Verbandes, worin dasselbe mit größter Nachdruck auf die Annahme der Stuttgarter Bestimmungen dringt, da sonst der Verband Gefahr läuft, zusammenzubrechen. Es kann also festgehalten werden, daß die Leiter des jetzt beendeten

